



Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien
Österreich
T: +43 1 711 35-2341
Fax: +43 1 711 35-2923
rechtspolitik@iv-net.at
www.iv-net.at

An das
Bundesministerium für Finanzen
Johannesgasse 5
1010 Wien

Per email:
e-Recht@bmf.gv.at
begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

Wien, am 23. Oktober 2015

IV Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, das Bankwesengesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz, das Nationalbankgesetz 1984 und das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 geändert werden (GZ. BMF-040400/0010-III/5/2015)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Industriellenvereinigung (IV) bedankt sich für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum vorliegenden Begutachtungsentwurf des oben genannten Bundesgesetzes.

Im Folgenden nimmt die IV zu einzelnen Teilen des Begutachtungsentwurfs Stellung:

Zu den Änderungen im Sanierungs- und Abwicklungsgesetz

Zu § 113a BaSAG

Die Möglichkeit der Auskunft- und Informationseinholung durch die Abwicklungsbehörde ist nachvollziehbar und durchaus begründet. Es sollte jedoch darauf Bedacht genommen werden, dass ein uneingeschränktes Recht zur Auskunftseinholung die bereits bestehenden Informationsrechte weiterer Aufsichtsbehörden in erheblichem Maße erweitert. Es erscheint daher geboten hier die Verpflichtung vorzunehmen, dass doppelte Informationseinholungen grundsätzlich zu vermeiden sind und stattdessen, wo möglich, auf bestehende Daten und

Informationen zurück zu greifen ist. Insbesondere mit Verweis auf die bereits geregelte Zusammenarbeit von Abwicklungsbehörde und ÖNB, die in §113a nochmals in Abs. 2 bestätigt wird, aber auch die Zusammenarbeit mit der FMA sollte die Belastung der Institute nicht weiter erhöht werden. Dies ist auch vor dem Hintergrund als absolut angemessen zu bewerten, als es nicht darum geht, neue Daten anzufordern, sondern vielmehr doppelte Anforderungen und Prüfungen zu vermeiden! Eine solche Regelung halten wir auch unter den Bedingungen der §§ 120 ff BaSAG für vertretbar und sollte insbesondere mit Verweis auf § 121 BaSAG möglich sein.

Textvorschlag § 113a Abs. 3 BaSAG:

Eine Auskunfts- und Informationseinholung ist soweit als möglich mit Bedacht auf bereits vorliegende Informationen durchzuführen. Redundante Erhebungen von Daten sind soweit angemessen zu vermeiden. Durchzuführende Vor-Ort-Prüfungen sind mit Bedacht auf bereits durchgeführte oder in Durchführung befindliche Prüfungen, auch seitens in § 121 Abs. 1 BaSAG aufgeführten Behörden, Personen und Stellen, auf ihre Vertretbarkeit hin vorab zu prüfen.

Zu § 123 Abs. 1 BaSAG

Bei der Umsetzung der SRM Regelungen fehlt es an einer Definition für die „Bestimmten Wertpapierfirmen“. Diese sollte im Sinne einer ausreichenden Rechtssicherheit in § 2 BaSAG entsprechend ergänzt werden, zumal sich auch keine Entsprechungen in BWG, SRM oder BRRD finden. (Anmerkung: Die fehlende Definition ist auch für die weiteren Paragraphen relevant: §§ 124-127, 130!)

Zu § 123 Abs. 3 BaSAG

Redaktionelle Anmerkung – Wir empfehlen die Formulierung wie folgt zu korrigieren:

Die Abwicklungsbehörde ist berechtigt auf Rechnung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus Kreditvereinbarungen ~~zu schließen~~ und andere Formen der Unterstützung gemäß § 128 zu vereinbaren.

Zu § 129 Abs. 2 BaSAG

Redaktionelle Anmerkung – Streichung:

Die Abwicklungsbehörde kann [...] dem Abwicklungsfinanzierungsmechanismus zu gewähren, [...].

Zu den Änderungen im Bankwesengesetz

§ 33 Abs. 3 BWG wird laut der erläuternden Bemerkungen mit Blick auf die Vergütungsbestimmungen des Personals von Kreditgebern iSd Richtlinie 2014/17/EU über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher angepasst. Die im Entwurf enthaltenen Bestimmungen gehen dabei jedoch weit über die in der Richtlinie enthaltenen Vorgaben hinaus:



Zu § 33 Abs. 3 Z 2 BWG

Aus Art 7 Abs. 3 lit b der RL wurde die Bestimmung des § 33 Abs. 3 Z 2 BWG, der zu Folge die Vergütung nicht von der Zahl oder dem Anteil der genehmigten Anträge abhängig sein darf, wörtlich übernommen. Aber obwohl sich die RL nur auf das „für die Prüfung der Kreditwürdigkeit zuständige Personal“ und damit in erster Linie auf Risikomanager bezieht, wird im Umsetzungsentwurf pauschal auf „die in Abs. 1 genannten Mitarbeiter“ verwiesen. Damit wären alle „mit dem Anbieten und Abschließen von Hypothekarkrediten befassten Mitarbeiter von Kreditinstituten“ umfasst, insbesondere also auch im Vertrieb tätige Mitarbeiter. Aus der Sicht der IV ist diese überschießende Regelung im Umsetzungsentwurf abzulehnen und eine Einschränkung auf die in Art 7 Abs. 3 der RL genannten Mitarbeiter im Sinne einer vergütungstechnischen Trennung von Markt und Marktfolge sachgerecht und wünschenswert.

Zu § 33 Abs. 3 Z 3 BWG

Aus Art 7 Abs. 4 der RL wurde die Bestimmung des § 33 Abs. 3 Z 3 BWG, der zu Folge die Vergütung nicht an Absatzziele gekoppelt sein darf, wortwörtlich übernommen. In der RL bezieht sie sich allerdings ausschließlich auf „Kreditgeber, die Beratungsdienstleistungen erbringen“. Entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch versteht die RL ausweislich der Definition in Art 4 Z 21 (gleichlautend umgesetzt in § 14 Abs. 1 HIKrG) unter „Beratungsdienstleistungen“ das „Erteilen individueller Empfehlungen [...], die eine von der Gewährung eines Kredits und von der [...] Kreditvermittlungstätigkeit getrennte Tätigkeit darstellt“. Beratungsdienstleistungen iSd RL gehen somit weit über das gewöhnliche Anbieten und Abschließen von Hypothekarkrediten hinaus.

Für „Beratungsdienstleistungen“ sieht die RL daher auch in Kapitel 8 (umgesetzt in § 14 HIKrG) eigene, strengere Standards, als für das „gewöhnliche“ Anbieten von Hypothekarkrediten vor. Wenn § 33 Abs. 3 Z 3 BWG nunmehr aber das Verbot, die Vergütung an Absatzziele zu koppeln, pauschal an alle „in Abs. 1 genannten Mitarbeiter“ richtet (und somit an alle „mit dem Anbieten und Abschließen“ von Hypothekarkrediten befassten Mitarbeiter), wird damit die Intention der Richtlinie – nämlich Beratungsdienstleistungen erbringende Mitarbeiter strenger zu behandeln als die mit der reinen Vermittlung eines Kredits betrauten Mitarbeiter – in ihr Gegenteil verkehrt, und die Richtlinie somit überschießend umgesetzt. Die Bestimmung des § 33 Abs. 3 Z 3 BWG ist daher sachgerechter Weise auf den in Art 7 Abs. 4 genannten Kreis von Mitarbeitern einzuschränken.

Eine Umsetzung des § 33 Abs. 3 BWG in der vorgeschlagenen Form würde die bisherige Vergütungspraxis für sämtliche Mitarbeiter von Banken, die Hypothekar- und Wohnimmobilienkrediten vertreiben, ungebührlich modulieren, da künftig variable Gehaltsbestandteile, die sich an der relativen oder absoluten Anzahl der genehmigten Kreditanträge bzw. an einer Zielerreichung bemessen, nicht mehr zulässig wären, und somit im Vertrieb ausschließlich fixe Gehälter bezahlt werden könnten. Dies bedeutet letztlich nichts anderes als ein Verbot von variabler Vergütung für Vertriebsmitarbeiter, die sich mit Hypothekar- und Immobilienkrediten beschäftigen. Insbesondere im Fall von Mitarbeitern der Bausparkassen bedeutete das eine unzumutbare Einschränkung.



Aus Sicht der IV sind die überschießenden Regelungen des § 33 Abs. 3 Z 2 und 3 BWG des Begutachtungsentwurfs daher aus folgenden Gründen nicht sachgerecht:

1. Ein pauschales Verbot hinsichtlich der Vergütungsbestimmungen für alle Mitarbeiter, die mit dem Anbieten und Abschließen von Hypothekarkrediten befasst sind, ist von der Richtlinie nicht vorgesehen, vielmehr sieht sie eine differenzierte Regelung für jene Mitarbeiter vor, die entweder mit der Prüfung der Kreditwürdigkeit oder der Erbringung von Beratungsdienstleistungen betraut sind.
2. Der Entwurf würde die österreichischen Kreditinstitute im Vergleich zu anderen EU-Kreditinstituten benachteiligen (indem leistungsstarke Mitarbeiter zu Kreditinstituten im Ausland wechseln würden).
3. Jedes Kreditinstitut hat bereits jetzt die in § 39b BWG und der diesbezüglichen Anlage enthaltenen Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken anzuwenden.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen der Industrie und ersuchen um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG

Mag. Alfred Heiter

Bereichsleitung Finanzpolitik & Recht